

Ortsamt Blumenthal

Protokoll über die öffentliche außerordentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal
am: Montag, 20.06.2016
Ort: Sitzungssaal des Ortesamtes Vegesack, Stadthaus Vegesack,
Gerhard-Rohlf's-Str. 62, 28757 Bremen

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:25 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Balz, Fritjof
Bensch, Thilo
Bhandal, Petra
Bienzeisler, Kay
Dettmer, Brigitte
Koch, Reinhold
Krohne, Anke
Meyer, Walter
Pfaff, Andreas
Reimers-Bruns, Ute
Riegert, Jutta
Runge, Mark
Schupp, Alex
Schwarz, Ralf
Thorpeier, Hans-Gerd
Weidemann, Susanne

Verwaltungsbeamter Malte Wolpmann, Vorsitz
Verwaltungsbeamtin Heike Rohde, Protokoll

Es fehlt

Pfaff, Andreas - unentschuldigt
Pfeiff, Marcus – entschuldigt

Gäste:

Sven Dahlgaard, MIKO Kinder- und Jugendhilfe GmbH
Thomas Pörschke, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Claudia Vollmer, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Hartmut Cassens, stellvertretender Revierleiter Blumenthal

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Jugendhilfeeinrichtung im alten Postgebäude
dazu: *Thomas Pörschke, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport*
Frau Dr. Rose / Frau Vollmer, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (angefragt)
Sven Dahlgaard, MIKO Kinder- und Jugendhilfe GmbH

3. (20.00) Verlegung Schulbushaltestelle Sandwehen
vertagt aus der Sitzung des Bildungsausschusses am 15.06.2016
4. (20:10 Uhr) Anträge
 - a) CDU – Sitzungssaal für Blumenthal
hierzu: a1/ SPD Änderungsantrag

Die folgenden Anträge wurden vertagt aus der Sitzung vom 13.06.2016 (die Dringlichkeit ist damit bei allen Anträgen nicht mehr gegeben):

- b) Die Linke – Antrag: Bordstein „Uppe Höchte“
 - c) Die Linke – Anfrage zur Strandhalle
 - d) Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Resolution gegen die Schändung am „Denkort Bunker Valentin“
 - e) Die Linke – Antrag: Grünflächen an der Weser
 - f) CDU – Dringlichkeitsantrag: Blumenthaler Polizei mit angemessenem Fuhrpark ausstatten
 - g) CDU – Dringlichkeitsantrag: Auswirkung der angestrebten Strukturreform für das Polizeirevier Blumenthal erläutern
 - h) Die Linke – Dringlichkeitsanfrage: Ärztliche Versorgung in Blumenthal
 - i) Bündnis 90/Die Grünen – (Dringlichkeits-) Antrag: Sitzungsvorlagen für bessere Informationen für alle besonders vor und während der Sitzung
5. (20:45 Uhr) Verschiedenes

Anschließend: nicht öffentlicher Teil

TOP 1. Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Wolpmann begrüßt alle Anwesenden. Herr Koch möchte die Tagesordnung um den TOP „Bürgeranträge“ ergänzen und unter TOP 4 den Antrag a) als letzten behandelt wissen, da dieser als letzter eingereicht wurde.

Mit dieser Ergänzung und Änderung wird die Tagesordnung einstimmig angenommen. Der TOP „Bürgeranträge“ wird als TOP 3 eingefügt, die nachfolgenden TOPs verschieben sich damit.

TOP 2: Jugendhilfeeinrichtung im alten Postgebäude

dazu: *Thomas Pörschke, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport*
Frau Dr. Rose / Frau Vollmer, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (angefragt)
Sven Dahlgard, MIKO Kinder- und Jugendhilfe GmbH

Herr Pörschke erläutert die Vorgeschichte zum Objekt. Gebäudeprüfungen erfolgen stadtweit durch das Flüchtlingsunterkunftskoordinationsteam. Die alte Post stand ein Jahr leer und ist dann an Privat verkauft worden. Der neue Eigentümer MIKO Kinder- und Jugendhilfe GmbH möchte das Gebäude umbauen und Appartements für junge, elternlose Menschen anbieten. Bei der baurechtlich zu prüfenden Nutzungsänderung war der Beirat als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Diese Beteiligung hat am 23.05.2016 stattgefunden. Die baurechtliche Zulässigkeit wurde vorab vom Bauamt Bremen-Nord bestätigt. Der Sprecherausschuss des Beirats ist diesem Votum allerdings nicht gefolgt. Daraufhin wurde der Vorgang an die Schlichtungsstelle weitergeleitet, die inzwischen zu dem Ergebnis gekommen ist, dass der Entscheidung des Sprecherausschusses aus rechtlichen Gründen nicht gefolgt werden kann.

Gleichwohl gibt es ein Interesse im Beirat, öffentlich zu diskutieren, wer und was in dem Gebäude untergebracht werden soll.

Die Absicht des neuen Eigentümers wird durch das Ressort der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport positiv begleitet, da noch eine Vielzahl von Flüchtlingen nicht angemessen untergebracht werden konnte. Viele leben noch in Hotels, Pensionen, Sporthallen etc., wo ein eigenständiges Leben nicht erlernbar ist.

In das alte Postgebäude sollen 10 kleine Appartements mit eigener Kochgelegenheit und eigenem Sanitärbereich für junge Menschen gebaut werden, die elternlos sind oder nicht mehr bei ihren Eltern leben können.

Dem Sozialressort wurde eine Vielzahl von Gebäuden vorgeschlagen, in der Landrat-Christians-Straße neben der alten Post auch das denkmalgeschützte Rathaus und die ebenfalls denkmalgeschützte ehemalige Richtervilla. Diese beide Gebäude wurden letztlich verworfen, auch um nicht eine „Perlenkette“ von Flüchtlingsunterkünften zu bilden.

Für die jetzt geplante Unterbringung mit der Jugendhilfe ist es rechtlich auch denkbar, nicht nur Flüchtlinge, sondern auch andere junge Menschen dort einziehen zu lassen.

Nach § 34 Abs. 8 Sozialgesetzbuch (SGB) sind zum Wohl junger Menschen Objekte anzubieten, die auf längere Zeit angelegte Lebenszeit bieten und auf ein selbstständiges Leben vorbereiten. Es handelt sich hier nicht um ein Wohnobjekt für auffällig gewordene Flüchtlinge. Die unterzubringenden jungen Menschen besuchen die Schule bzw. machen sie eine Ausbildung und verdienen Unterstützung.

Herr Dahlgard stellt MIKO vor (*hierzu Anlage 1*) und berichtet über die Voraussetzungen für den Umbau des Postgebäudes. Es soll eine nachhaltige Einrichtung für Wohnen außerhalb des Elternhauses für junge Menschen geschaffen werden. Im Dachgeschoss soll zusätzlich eine große Wohnung an eine Flüchtlingsfamilie vermietet werden, die den jungen Menschen dort auch sprachlich weiterhelfen kann.

In der folgenden Diskussion stellen die Beiratsmitglieder diverse Fragen. Es antworten Herr Pörschke, Frau Vollmer und Herrn Dahlgard.

Herr Thormeier erklärt, die CDU stelle sich grundsätzlich nicht gegen die Einrichtung, die Jugendlichen seien per se kein Problem. Trotzdem habe er folgende Fragen bzw.

Kritikpunkte:

1. Warum ist der Beirat nicht als Kenner des Stadtteils in der Task Force vertreten, wenn die Standorte für Flüchtlingsunterkünfte im Stadtteil festgelegt werden?
2. Warum wird der Beirat nicht vorher informiert, sondern erst, wenn alles per se beschlossen ist?
3. Die Konzentration von Flüchtlingen im Blumenthaler Zentrum ist zurzeit zu hoch. Es wurden schon einmal zu viele Flüchtlinge auf zu engem Raum konzentriert untergebracht, so kann Integration nicht funktionieren. Abgesehen davon, dass damit soziale Brennpunkte geschaffen werden, ist so etwas auch schwierig für die Akzeptanz in der Bevölkerung und muss durch andere Dinge kompensiert werden, wie z. B. das Hotel Klüverbaum frei zu räumen. So etwas muss der Bevölkerung klar gemacht werden.
4. Ist die MIKO Jugendhilfe GmbH auch in die „robuste Unterbringung“ involviert?

Antworten:

zu 1. Die Task Force ist zusammengesetzt aus Ressortvertretern, allein für das große Ressort Kinder und Bildung ist auch nur eine Person vertreten. Wenn noch aus jedem Beirat eine Person vertreten ist, wird das Gremium einfach zu groß.

zu 2. Das Ressort ist hier nicht Bauherr. Es handelt sich um privates Eigentum. Wann was mit dem Gebäude geschieht, ist Sache des Eigentümers. Es kann nicht sein, dass der Beirat

entscheidet, an wen Privatleute zu welchen Konditionen Wohnungen vermieten oder ob Privateigentümer Nutzungsänderungen an ihrem Objekt vollziehen.

Wenn dem Ressort Wohnungen angeboten werden, wird das Preis-Leistungs-Verhältnis geprüft. Als früher große Objekte geplant wurden, wurde im Beirat auch gesagt, dass so etwas nicht der Integration diene. Hier handelt es sich um 10 Appartements für 10 junge Menschen, also um eine überschaubare Personengruppe. Die jungen Menschen kommen aus verschiedenen Ländern wie Syrien, Afghanistan und Somalia.

Noch einmal wird betont, dass es ein Unterschied sei, ob eine Umnutzung staatlicher Gebäude oder privaten Eigentums geplant wird.

zu 3. Ziel ist es, die Flüchtlinge aus Hotels und Pensionen so schnell wie möglich heraus zu holen, die Abläufe hierbei sind mitunter zufällig. Kurz und mittelfristig wird die Zahl der Jugendplätze der Unterbringung von Flüchtlingen in Blumenthal sinken. Die Unterbringung in der Keg-Pension wird sicher Ende November beendet werden, Die Auflösung des Hotels Klüverbaum wird für diesen Sommer angestrebt. Damit werden 40 Jugendliche nach außerhalb von Bremen-Nord ziehen.

Frau Reimers-Bruns erklärt, die Beteiligung der Öffentlichkeit sei wichtig und Eigentum schaffe auch Pflichten, nicht nur Rechte. Die SPD sei nicht gegen die Umnutzung der alten Post. Die Ablehnung des Sprecherausschusses sollte ein politisches Signal sein. Der Beirat wolle sich einsetzen für das, was nicht so gut laufe, hier gab es eine mangelnde Kommunikation. Eine vorherige Information hätte auch der Aufklärung der Bevölkerung gedient.

Sie fragt, ob auch ein Gemeinschaftsraum geplant sei, den auch andere Jugendliche mangels eines Jugendfreizeitheims nutzen könnten. Auch für die aufnehmende Gesellschaft müsse es etwas geben. Immer wieder sprächen die Bürger die Beiratsmitglieder an und diese könnten keine Antwort geben. Es sei wichtig, dass der Beirat einbezogen werde und es müsse doch möglich sein, dass der jeweils betroffene Beirat in der Task-Force hinzugezogen werde.

Herr Balz schließt sich Herrn Thormeier dahingehend an, dass er nicht per se gegen Flüchtlinge sei. Er fragt, wie die Betreuungsart sei, da man sich den Tag über um die Jugendlichen kümmern müsse und diese sich nicht allein überlassen solle. Er befürchtet eine Konzentration und Orientierung zu denen, die sowieso schon Schwierigkeiten machen und hält eine Trennung für schwierig. Bei der Auswahl des Ortes möchte er sich den Vorrednern in Bezug auf die mangelnde Information anschließen. Er fragt, was mit dem Sattelhof sei und ob Blumenthal ein Außenposten für Flüchtlinge wegen günstiger Immobilien werden solle. Wenn das so fortgesetzt werde, sehe er keine Chance, aus der schwierigen Lage herauszukommen. Der Stadtteil sei nur noch für die Flüchtlingsunterbringung gut.

Frau Reimers-Bruns wirft ein, dass nicht alle der Meinung seien, nur schwierige Jugendliche hier zu haben.

Herr Pörschke fragt, ob 10 junge Menschen wirklich eine Konzentration bedeuten? Man spreche hier auch nicht über eine „Einrichtung“ mit Gemeinschaftsraum, es handele sich um abgeschlossene Wohnungen, deren Quadratmeterzahl für junge Menschen gut ausreichend sei. Die Bewohner hätten die Möglichkeit, andere Gemeinschaftsräume in Einrichtungen zu besuchen und Gruppen- und Freizeitangebote wahrzunehmen. Es handele sich hier nicht um ein Übergangwohnheim.

Er erklärt weiter, dass in Bremen Hunderte von Objekten, im hohen 3-stelligen Bereich auch in anderen Stadtteilen geprüft werden. Statistisch sei eine Flüchtlingshochburg in Blumenthal nicht nachzuweisen. Soziale Brennpunkte seien auch in anderen Stadtteilen vorhanden. In diesem Fall gehe es um ein Haus im Zentrum mit 10 Wohnungen.

Im Rahmen der Prüfung sei es oft so, dass die Verhandlungen über Objekte im Verlauf noch scheitern würden, deswegen halte man sich mit einer Bekanntgabe zurück. Er werde das

Votum für die Task Force gerne mitnehmen. Bei dem Sattelhof handele es sich um einen Ort für eine sonderpädagogische Einrichtung, für die eine andere Abteilung zuständig sei.

Herr Dahlgaard erklärt, über die unterschiedlichen Betreuungsbedarfe der Jugendlichen entscheide das Jugendamt. Danach werde dann ein Maßnahmenplan erarbeitet. Im Mittelpunkt stehen meistens Spracherwerb und Berufsausbildung.

MIKO habe nicht den Auftrag, ein Jugendzentrum abzuhandeln. Das Wohnen sei aber auch an Regeln gebunden. Betreutes Jugendwohnen sei die letzte Hilfe, die es vor der völligen Selbstständigkeit überhaupt gebe, danach sei kein Bedarf mehr vorhanden.

Die Jugendlichen seien im Ressort gut bekannt und von ihnen könne erwartet werden, sich selbst zu versorgen. Die Jugendhilfe sei nur ein „letzter Stups“ auf dem Weg in die Selbstständigkeit.

Frau Krohne erklärt, sie habe sich das Papier angeguckt und ihr seien folgende Punkte aufgefallen:

1. Die Aussage „Die Einrichtung eignet sich grundsätzlich auch für Nichtflüchtlinge und junge Frauen...“ sei eine krasse Zusammenstellung. Bedeute das, in der alten Post kämen nur Männer unter, das sei dann diskriminierend. Weiter hat sie folgende Fragen:
2. Im Papier sei zu lesen, dass ein Büro zur Verfügung steht. Sind da auch Leute drin?
3. Hat die Familie, die oben einziehen soll, eine sonderpädagogische Ausbildung?
4. Zur telefonischen Rufbereitschaft: Wie lange dauert es, bis jemand kommt?
5. Kann das Gebäude besichtigt werden?
6. Der Drogenhandel in der Ecke boomt – wird darauf geachtet?
7. Was ist mit der Kapitän-Dallmann-Straße?

Herr Dahlgaard antwortet:

zu 1. Anfangs werden in den Wohnungen in erster Linie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wohnen, die seien zu 90 % männlich. Grundsätzlich könnten dort aber auch Frauen wohnen.

zu 2. Das Büro sei durchaus besetzt.

zu 3. Nein. Die Familie freue sich auf ihre Aufgabe, die Bewohner zu unterstützen. Der Mann werde auch als Hausmeister agieren.

zu 4. Jeder, der dort wohnt, kann jederzeit jemanden anrufen, zur Not auch die 110.

zu 5. Ja. Ein Termin kann vereinbart werden.

zu 6. Auf die Frage 6 geht Herr Dahlgaard nicht ein.

zu 7. Die Kapitän-Dallmann-Straße ist kein Projekt der Jugendhilfe.

Herr Runge fragt, wie hoch die Geldleistungen für den ermittelten Betreuungsbedarf sind und welche Konsequenzen bei Verstößen gegen die Hausordnung gezogen werden.

Antwort: Die Geldleistungen orientieren sich am ALG II. Bei Verstößen gegen die Hausordnung gebe es eine Abmahnung und im schlimmsten Fall eine andere Unterbringung. Herr Runge fragt nach, was konkret es den Steuerzahler koste und ob die Jugendlichen noch traumatisiert oder schon abgeheilt seien.

Antwort: Traumata aufgrund von Kriegsereignissen, Trennung etc. können Wochen oder Monate bis zu Jahrzehnten andauern. Da so etwas nicht abschätzbar sei, werde der Betreuungsbedarf ggf. nachgesteuert. In Bremen-Nord gebe es eine gute Infrastruktur ärztlicher Betreuung und dezentrale Angebote im psychiatrischen Bereich.

Leider höre man aus den Beiräten immer wieder: „Wir haben nichts gegen Flüchtlinge, aber der Ort ist falsch“. Dieses Projekt sei eine Startchance für junge Leute, einerseits offen, andererseits geschlossen genug für Privatsphäre. Die Kosten für den Lebensunterhalt seien vergleichbar mit den Sozialhilfesätzen. Es gebe 4 Betreuungspauschalen, Stufe 1 beinhalte maximal 5 Stunden, Stufe 4 etwa 12 bis 16 Stunden pro Woche à 30 bis 50 Euro.

Die Miete ist so hoch, wie wenn eine „normale“ Wohnung über die Sozialhilfe angemietet wird. Es wird vorab geprüft, ob sie in den Satz passt und wirtschaftlich ist.

Es handelt sich hier um ein Anrecht eines jeden Jugendlichen in Krisensituationen. Natürlich sei die ortsübliche Miete in Blumenthal geringer als in anderen Stadtteilen. Die Sätze für die Wohnungskosten variieren, es handele sich um öffentlich verfügbare Zahlen, die im Internet zu finden seien.

Herr Meyer meint, der § 34 Abs. 8 SGB sage alles aus, unabhängig ob es sich um Flüchtlinge oder Deutsche handele. Er fragt, ob von außen sichtbar sei, dass es sich um betreutes Wohnen handle.

Frau Weidemann stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, nach Ende der Rednerliste die Debatte zu schließen.

Es gibt keine Gegenrede. Dem Antrag zur Geschäftsordnung wird damit stattgegeben.

Herr Koch stellt fest, dass es im Beirat keine Stimme gegen die Wohnungen für Geflüchtete gebe. Allerdings sei sehr wohl etwas gegen den Ort zu sagen. Das Zentrum sei gebeutelt und die Wahl für die Bevölkerung nicht gut vermittelbar. Das Rathaus sei leer, das Jobcenter weg, das Bürgeramt weg, die Bibliothek und die Post weg. Es habe den Anschein, dass die Zentralität raus und die Flüchtlinge rein kämen. Der Sache tue man damit keinen Gefallen. Eine Vertretung in der Task Force sei von Nöten und die Diskussion um das Zentrum müsse weiter geführt werden.

Antwort: Es handelt sich bei dem Projekt um keine Einrichtung, aber man habe die Möglichkeit, bei Störungen zu steuern. Es werde preiswerter Wohnraum geschaffen. Es sei nicht als Niedergang zu betrachten, wenn eine private Gesellschaft beschließe, ein Gebäude, das ein Jahr lang leer stand, mit Wohnungen zu belegen.

Herr Schupp möchte wissen, wie lange MIKO vor Ort bleiben werde und bis zu welchem Lebensjahr die Jugendlichen dort wohnen werden. Er fragt, ob sie sich nach Schule und Lehre eine neue Bleibe suchen müssen und ob das Projekt ähnlich wie ein Lehrlingswohnheim sei. Ihm fehlt außerdem nach wie vor ein Konzept für die Ortskernentwicklung und konstatiert viel Unterbringung von Transferleistungsempfängern.

Antwort: Die Wohndauer richtet sich nach dem Betreuungsbedarf, dauere sicher aber nicht über das 21. Lebensjahr hinaus. Das Angebot soll über Jahre bleiben. Bei einem Invest von 600.000 Euro hoffe der Eigentümer einen jährlichen Mietertrag von ca. 30.000 Euro zu generieren. Das Geld werde mit Betreuungsleistungen verdient.

Herr Thormeier fragt, wenn schon gute Erfahrungen mit der Art der Betreuung gemacht wurden, warum dann nicht eine gemischte Unterbringung versucht werde.

Antwort: Eine gemischte Unterbringung wird nicht verhindert, im Gegenteil, es soll relativ schnell eine Vermischung erfolgen. Zurzeit sei nur ein deutscher Jugendlicher vom Jugendamt angefragt worden, was auch damit zusammenhänge, dass sich die Flüchtlinge zurzeit in der Überzahl befänden, was den Bedarf angehe. Aber die Wohnungen seien offen für jedes Kind Bremens.

Herr Bienzeisler erklärt, er sei direkter Anwohner im Blumenthaler Zentrum. Die Blumenthaler hätten das Ladensterben und die sozialen Brennpunkte erleben müssen. Da komme das Gefühl auf, warum sich alles auf das Zentrum konzentrieren müsse. Blumenthal habe noch andere Orte und Integration könne nur dezentral funktionieren.

Gemäß Geschäftsordnungsantrag wird die Debatte beendet.

Herr Dahlgaard bedankt sich für die offene Diskussion und freut sich über die Unterstützung. Er erklärt, er käme gerne in einem Jahr wieder um über die gemachten Erfahrungen zu berichten. Die angesprochene Rufbereitschaft gelte im Übrigen auch für die Bewohner im Stadtteil.

Frau Reimers-Bruns und Herr Thormeier verlassen die Sitzung.

TOP 3: Bürgeranträge

Bürger A erklärt, er habe einen Eilantrag gestellt (*Anmerkung: Der Bürgerantrag liegt den Beiratsmitgliedern in schriftlicher Form vor*).

Frau Riegert merkt an, dass Bürgeranträge nicht sofort beschieden werden müssen und stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung mit der Bitte, dem Beirat Zeit zu Beratungen zu lassen.

Herr Schwarz spricht dagegen.

Über den Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt.
Ergebnis: 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Bürger A liest Auszüge aus seinem Bürgerantrag vor. Es geht um die Freigabe der Bahrsplate für Freiluftpartys.

Herr Schwarz erklärt, die gestellten Fragen seien berechtigt und die CDU plädiere dafür, den Bürgerantrag umgehend an die zuständige Behörde weiterzuleiten, um die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen.

Frau Krohne stellt fest, dass der Beirat dafür zuständig sei, bestimmte Flächen auszuschließen. Wenn kommerzielle Feiern auf der Bahrsplate möglich seien, sollten auch private möglich sein.

Auch Herr Balz bittet um Prüfung, um Blumenthal durch diese Fläche attraktiver zu gestalten.

Herr Schupp wundert sich über die Diskussion und erinnert an die vor einigen Jahren geplante 75-Jahr-Feier Blumenthals auf der Bahrsplate. Damals gab es einen Sturm der Entrüstung wegen der Nähe zur Gedenkstätte. Zudem sei es eine Unterstellung, dem Ortsamtsleiter vorzuwerfen, dass er von einem Freiluftpartyverbot profitiere.

Herr Koch unterstützt das Bestreben, den Antrag zu prüfen. Man müsse nicht, könne aber die Fläche freigeben. Es spreche einiges dafür, dass es zu laut sein könne, eine Beurteilung durch den Beirat sei nicht ausreichend.

Frau Krohne verlässt die Sitzung.

Herr Meyer findet es bedauerlich, dass eine Feier damals nicht ging. Zur Gedenkstätte könne man 50 Meter Abstand einhalten. Im Grunde genommen spreche nichts dagegen.

Für Herrn Runge klingt der Bürgerantrag plausibel, aber auch er bittet um Prüfung.

Frau Reimers-Bruns und Herr Thormeier nehmen wieder an der Sitzung teil.

Es wird darüber abgestimmt, ob der Bürgerantrag dem Stadtamt zur Prüfung vorgelegt werden soll.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Bürgerantrag ist damit angenommen.

Bürger B verweist auf den Beiratsbeschluss vom 13.06.2016 zu Freiluftpartys und kündigt einen Bürgerantrag an, auf der Bahrsplate als Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus diese Partys zu verbieten.

Frau Krohne nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 4: Verlegung Schulbushaltestelle Sandwehen
vertagt aus der Sitzung des Bildungsausschusses am 15.06.2016

Frau Krohne versteht die Antwort der BSAG nicht, da für morgens keine Zeiten aufgeführt worden sind.

Herr Schwarz erklärt, die CDU lehne die Empfehlung der BSAG ab, weil der ansässige Steinmetz Probleme mit Kundenparkmöglichkeiten habe und bereits jetzt einen Kundenrückgang verzeichne. Er schlägt vor, die Schulbushaltestelle ca. 50 Meter nach hinten, in Richtung Schwaneweder Straße zu verlegen.

Frau Reimers-Bruns hält Rückschlüsse auf Umsatzeinbußen des Steinmetzes für Mutmaßungen und verweist darauf, dass die Verlegung nur provisorisch für eine 8-monatige Testphase geplant ist. Für diesen Zeitraum käme möglicherweise auch eine provisorische Anlegung an die jetzige Bushaltestelle in Betracht. Also sei man grundsätzlich für eine Verlegung, aber mit Einschränkungen.

Frau Krohne fragt, warum die vorhandene Bushaltestelle nicht für die Schulbusse genutzt werden könne.

Herr Runge fragt, warum jetzt eine Verlegung erfolgen solle, wenn in 1 ½ Jahren sowieso alles anders werde.

Herr Koch meint, es sei wohl ein Problem von den Fahrern gemeldet worden, also müsse reagiert werden. Die Kinder sollten nicht zwischen parkenden Autos herumlaufen müssen. Die Nutzung einer normalen Haltestelle sei nicht möglich, da Schulbusse längere Haltezeiten hätten, die behindern würden. Das Interesse einer Firma an Parkplätze auf öffentlichen Straßen bedeute allerdings kein Anspruch. Für Kunden sei es zumutbar, kurze Stücke zu gehen.

Herr Meyer schließt sich der CDU an und fordert zweitens eine Sperrung für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen von der Einfahrt Schwaneweder Straße bis zum Neuenkirchener Weg.

Bürger C meint, eine Legalisierung der Schulbushaltestelle werde bedeuten, dass diese die Turnerstraße rauf und runter und kaputtfahren würden, worauf hin die Anwohner wieder für Sanierungskosten aufkommen müssten. Er fragt, warum nicht die Schulbusfahrzeiten in den normalen Fahrplan eingearbeitet werden und die vorhandenen Haltestellen genutzt werden können. Er bittet den Beirat, den Antrag abzulehnen.

Herr Schupp macht deutlich, dass die Einfahrt zum Parkplatz durch Rückschnitt des Grüns verbreitert werden könne und für die Zeit der Schulbustouren 2-3 Parkplätze nur für den Schulbus zur Verfügung stehen sollten. Dadurch könne man auf eine Haltestellenverlegung verzichten.

Herr Thormeier formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

Der Beirat Blumenthal lehnt die geplante Änderung ab und schlägt als Alternative vor, den Parkplatz hinter der Turnerstraße zu nutzen und dafür die Einfahrt zu verbreitern oder die vorhandene Bushaltestelle zu nutzen.

Über den Vorschlag wird abgestimmt.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Beschlussvorschlag ist damit angenommen.

TOP 5: Anträge

a) CDU – Sitzungssaal für Blumenthal

hierzu: a1/ SPD Änderungsantrag

Die folgenden Anträge wurden vertagt aus der Sitzung vom 13.06.2016 (die Dringlichkeit ist damit bei allen Anträgen nicht mehr gegeben):

b) Die Linke – Antrag: Bordstein „Uppe Höchte“

c) Die Linke – Anfrage zur Strandhalle

d) Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Resolution gegen die Schändung am „Denkort Bunker Valentin“

e) Die Linke – Antrag: Grünflächen an der Weser

f) CDU – Dringlichkeitsantrag: Blumenthaler Polizei mit angemessenem Fuhrpark ausstatten

g) CDU – Dringlichkeitsantrag: Auswirkung der angestrebten Strukturreform für das Polizeirevier Blumenthal erläutern

h) Die Linke – Dringlichkeitsanfrage: Ärztliche Versorgung in Blumenthal

i) Bündnis 90/Die Grünen – (Dringlichkeits-) Antrag: Sitzungsvorlagen für bessere Informationen für alle besonders vor und während der Sitzung

Gemäß TOP 1 wird mit Antrag b) begonnen.

b) Die Linke – Antrag: Bordstein „Uppe Höchte“

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

c) Die Linke – Anfrage zur Strandhalle

Ohne weitere Aussprache wird über die Anfrage abgestimmt.

Ergebnis: 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Die Anfrage ist damit abgelehnt.

d) Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Resolution gegen die Schändung am „Denkort Bunker Valentin“

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Antrag ist damit angenommen.

e. Die Linke – Antrag: Grünflächen an der Weser

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.
Der Antrag ist damit angenommen.

f) CDU – Dringlichkeitsantrag: Blumenthaler Polizei mit angemessenem Fuhrpark ausstatten

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.
Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Antrag ist damit angenommen.

g) CDU – Dringlichkeitsantrag: Auswirkung der angestrebten Strukturreform für das Polizeirevier Blumenthal erläutern

Da dieser Antrag aus der letzten Beiratssitzung vertagt wurde, möchte Herr Schwarz das genannte Datum ändern in „die erste Sitzung nach der Sommerpause“.
Herr Thormeier möchte den Antrag ergänzen um den Zusatz, dass das Polizeirevier zusammen mit der Bücherei ins Rathaus umziehen soll.

Über den Antrag mit beiden genannten Änderungen wird abgestimmt.
Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Antrag mit Änderung / Ergänzung ist damit angenommen.

h) Die Linke – Dringlichkeitsanfrage: Ärztliche Versorgung in Blumenthal

Frau Riegert fragt, was eigentlich Beiratsbeschlüsse wert seien und verweist auf die Beschlusslage und Antworten zum selben Thema aus dem Jahr 2014. Und obwohl der Beirat am 09.05.2016 bereits wieder einen Beschluss zum Thema gefasst habe, stehe es heute erneut auf der Tagesordnung. Sie halte das Thema für durchaus ernst, stelle aber fest, dass der Beirat keine Einflussmöglichkeiten habe, solange Ärzte an Privatpatienten mehr verdienen würden. Aktuell seien 37 Fachärzte für Blumenthal ausgewiesen. Schauanträge würden nicht weiterhelfen.

Frau Krohne weist zurück, dass es sich hier um einen Schauantrag handele. Die Situation jetzt sei abzubilden, da Wissen helfe, besser zu handeln. Sie verbittet sich Unterstellungen.

Frau Dettmer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

Herr Koch spricht dagegen.

Über den Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit angenommen.

Über die Anfrage wird abgestimmt.

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Die Anfrage ist damit angenommen.

i) Bündnis 90/Die Grünen – (Dringlichkeits-) Antrag: Sitzungsvorlagen für bessere Informationen für alle besonders vor und während der Sitzung

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

a) CDU – Sitzungssaal für Blumenthal

hierzu: a1/ SPD Änderungsantrag

Frau Riegert fragt noch einmal, was denn Beiratsbeschlüsse wert seien. Bereits im März habe man beschlossen, dass Blumenthal einen eigenen Sitzungssaal brauche. Die Prüfungen hätten gezeigt, dass die Kosten dafür zu hoch seien. Sie erläutert den Änderungsantrag.

Nach kurzer Aussprache wird über den Änderungsantrag abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

Über den Antrag der CDU wird nicht mehr abgestimmt.

TOP 6. Verschiedenes

Frau Reimers-Bruns gibt den Termin für die nächste Beiratssprechstunde bekannt:
23.06.2016, 18.00 – 20.00 Uhr im Café Nunatak, Kapitän-Dallmann-Str. 2.

Herr Wolpmann beendet die Beiratssitzung um 21:25 Uhr.

gez. Wolpmann

gez. Reimers-Bruns

gez. Rohde

Vorsitz

Beiratssprecherin

Protokoll

Anlagen

Anlage 1: MIKO